

Jens Bisky | Zeitschriftenschau | 30.04.2026

Aufgelesen

Die Zeitschriftenschau im April 2026

Die anhaltend starke Nachfrage nach Gegenwartsdiagnosen, die das Durcheinander des Augenblicks sortieren, zwingt die Sozialwissenschaften, Konzepte und Begriffe zu klären, wenn sie sich nicht mit Beschwörungsformeln und Appellen begnügen wollen. Gerade über häufig bemühte Vokabeln besteht keineswegs Einigkeit. So fehlt etwa, wie Steffen Mau im vergangenen Jahr zum Abschluss des DGS-Kongresses in Duisburg feststellte, ein einheitlicher theoretischer Rahmen, mit dem sich „sozialer Wandel“ erfassen und erklären ließe.¹ Auch die Debatten um Polarisierung, Zusammenhalt und Spaltung haben vor allem Fragen nach dem Selbstbild von Gesellschaften aufgeworfen. Daher geht es in der Zeitschriftenschau dieses Monats um „Konflikt“ und „Krise“, bevor mit Chantal Mouffes Aufruf zu einer grünen demokratischen Revolution – „Green Democratic Revolution“ – ein Versuch zur Sprache kommt, die epochale Schwäche der Linken und ihre strategische Ratlosigkeit zu überwinden.

Eine „[Systematik für die neuere Konflikttheorie](#)“ entwirft Vincent August im [Berliner Journal für Soziologie \(online first\)](#). Er skizziert eine Theorie demokratischer Konflikte, die Aussagen über die Dynamiken und Konstellationen jener Auseinandersetzungen erlaubt, die „um die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen in Demokratien“ geführt werden. Das Vorhaben ist so ambitioniert wie aussichtsreich, zumal August dazu auffordert, sich noch einmal gründlich mit dem klassischen Projekt der Cleavage-Forschung von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan aus dem Jahr 1967 zu befassen und dessen Komplexität wiederzuentdecken und ernst zu nehmen. Es sei, so August, „auf eine historische Soziologie ausgerichtet“ gewesen, habe nach der „Entstehung typischer Konfliktlinien in modernen westeuropäischen Gesellschaften“ gefragt. Am Anfang standen zwei revolutionäre Prozesse: Die nationale Revolution, ein Prozess der Staatenbildung, brachte erstens Konflikte zwischen Kirche und Staat sowie zwischen Zentrum und Peripherie hervor, die industrielle Revolution zweitens „eine Konfliktlinie zwischen Stadt und Land sowie zwischen Arbeit und Kapital“. Das Bild war also vielschichtiger als die eine Zeit lang gern bemühte Front zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen. Lipset und Rokkan konstatierten drei Besonderheiten: (1.) Die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital erweist sich „als eine Art Superkonflikt“; (2.) die konkreten Konstellationen mit ihren eigentümlichen Verläufen sind als historisch-spezifische hochgradig verschieden; (3.)

die Konflikte werden „vielfach von Eliten organisiert“. Das sei, wie August zu Recht bemerkt, lange vergessen worden, bis Steffen Mau von „Polarisierungsunternehmern“ sprach.

Nun hat sich, was wir „Moderne“ nennen, in den zurückliegenden sechzig Jahren durchaus verändert. Nachdem er mit Lipset und Rokkan den Blick auf die Genese und die Prozesshaftigkeit von Konflikten gelenkt hat, fragt August anschließend nach deren Transformation in der „Spätmoderne“. Eine „erste Suchbewegung“ fokussiert die Folgen des „multidimensionalen Strukturwandels“. Wie verändert die Postindustrialisierung den Konflikt zwischen Stadt und Land, zwischen Kapital und Arbeit? Vonseiten der Arbeit gemeinsam gegen soziale Ungleichheiten vorzugehen, scheint komplizierter geworden. Überdies habe sich dank Dekolonialisierung, Globalisierung und europäischer Integration „über den klassischen Cleavage zwischen lokalen Eliten und nationalen Zentren eine transnationale Schicht gelegt“. Eine Konflikttheorie auf der Höhe der Zeit müsse Dauer und Wandel, „Persistieren und Transformieren“ zugleich erfassen. Schließlich hätten sich die tradierten Konflikte keineswegs erledigt. Wie sich die institutionalisierten Akteure – neben Parteien etwa Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände – verhalten, sei entscheidend.

Auf der Suche nach „neuen Konfliktlagen“ formuliert Vincent August seine zentrale These:

„Die Moderne trifft auf die Folgeschäden ihres eigenen Operierens und genau an diesen Stellen entzündeten sich in unserer Gegenwart zunehmend intensive Konflikte, weil nicht nur einzelne Sachfragen, sondern grundlegende Strukturen der Moderne infrage gestellt und neu verhandelt werden.“

Die einst koloniale Gesellschaft treffe auf die von ihr erzeugten strukturellen Ungleichheiten „in Konflikten über Migration, Post-Kolonialität und Rassismus“; die fossil-industriellen Gesellschaften sähen sich nun mit ökologischen Konflikten konfrontiert, die patriarchale Moderne mit Konflikten um Gender und Gleichstellung. Keine dieser Konfliktlagen ist jüngsten Datums, ihre lange Vorgeschichte prägt ihre gegenwärtige Ausgestaltung: Wer formal integriert ist, einen etablierten Anspruch auf Gleichberechtigung hat, sieht und thematisiert die Gesamtheit der tief in die gesellschaftlichen Strukturen eingelassenen Diskriminierungen. Das von Aladin El-Mafaalani 2018 beschriebene „Integrationsparadox“² führt Vincent August auf klassische Einsichten der Konfliktsoziologie zurück, auf Georg Simmels Beobachtung, dass Integration zu Konflikten führe und auf „das Tocqueville-Paradox, nach dem die Beschwerden über

Ungleichheiten gerade dann stärker werden, wenn die sozialen Rahmenbedingungen bereits egalitärer sind als zuvor“.

Besonders überzeugend argumentiert August, wenn er die Sonderstellung ökologischer Konflikte betont. Ökologische Probleme seien zum einen nicht durch die Inklusion zuvor Ausgeschlossener zu lösen und auch nicht durch Temporalisierung zu entschärfen. Zwei erprobte Verfahren der Konfliktbearbeitung versagen also, was nicht heißt, dass sie nicht immer wieder einmal bemüht werden.

„Allianzoptionen und Zeitdynamiken“ bestimmen für August auch die konkreten Verläufe von Konflikten und deren Ausgang. Er unterscheidet drei Dynamiken: (1.) Eskalation, also die Intensivierung und/oder Ausweitung der Feindseligkeiten, (2.) De-Eskalation, oft aus Erschöpfung, und (3.) Rekonziliation, Versöhnung. Letzterer käme regelmäßig zu wenig Aufmerksamkeit zu.

Am Ende stellt der ideenreiche Aufsatz eine integrative Heuristik für die Analyse demokratischer Konflikte zur Diskussion: In der Makro-Perspektive geht es um Konstellationen, die sich langfristig herausgebildet haben, in der Meso-Perspektive um mittelfristige Dynamiken, in der Mikro-Perspektive um Konfliktsituationen. Vieles spricht dafür, dass diese Heuristik empirisch fruchtbar sein, im Handgemenge der Gegenwart Distanz und analytische Klarheit befördern könnte. In theoretischer Hinsicht erhofft sich August Konkretion und historische Verortung in der Beschreibung von Konfliktmechanismen. Die Polarisierungsdebatte könne, so meint er, im Gespräch mit der Konfliktsoziologie nur gewinnen. Demokratietheoretisch wäre zu fragen, wie bestimmte institutionelle Arrangements Konfliktodynamiken verarbeiten und welche Konflikte der Demokratie zuträglich sind. Die weit verbreitete Erwartung, dass Konflikte letztlich den Zusammenhalt stärken, verdiente ebenso wie die Furcht, bestimmte Konfliktodynamiken würden das Ganze gefährden, neue und genauere, historisch informierte Analysen.

Augusts Aufsatz über [„Konstellationen und Dynamiken demokratischer Konflikte“](#) bietet reichlich Diskussionsstoff. Eine Frage drängt sich auf: Nehmen Ungleichheitskonflikte nicht ebenso eine Sonderstellung ein wie ökologische Konflikte? Die ehrwürdigen Verfahren, sie zu bearbeiten, werden zwar weiter gepflegt, erfüllen jedoch, wenn der Eindruck nicht täuscht, immer weniger die Erwartungen der Akteure. Sie scheinen sich in einer lange schon anhaltenden Krise zu befinden.

Aus einer Krise heraus entstand auch die Soziologie. Dass in dieser Krisenwissenschaft

dennoch keine Einigkeit darüber besteht, was Krisen ausmacht, welche Folgen sie zeitigen und wie auf sie zu reagieren wäre, spricht für die Lebendigkeit dieser Disziplin, die sich nicht mit ewigen Wahrheiten begnügt, stattdessen regelmäßig neue Konzepte und Begriffe erprobt. In [Ausgabe 4/2026](#) des [Journal of Political Sociology](#) erläutern [Johannes Kiess, Jenny Preunkert, Martin Seeliger und Joris Steg](#) ihren „augmented discrepancy approach“, ein Angebot für eine politische Soziologie der Krise in Krisenzeiten. Die Zeitschrift ist jung, das erste Heft erschien 2023; sie nimmt durch Klarheit und intellektuelle Lebendigkeit für sich ein.

Wer die Erschütterungen der jüngsten Vergangenheit rekapituliert – von der Finanz- und Eurokrise, über die migrationspolitische Krise, die Covid-19-Pandemie, die Krise der internationalen Ordnung nach dem russischen Überfall auf die Ukraine bis hin zur Krise der liberalen Demokratien und der Klimakrise –, mag resigniert davon überzeugt sein, Krise sei immer. Zu Recht weisen die Autor:innen auf die definitorischen und logischen Probleme hin, die der Begriff der permanenten Krise mit sich bringt. Wenn Krise eine vorübergehende, nicht beabsichtigte Abweichung von dem bedeutet, was als normal wahrgenommen wird, dann handelt es sich stets um vorübergehende Ausnahmesituationen. Krisen irritieren Selbstbilder, Routinen, Ordnungssysteme; sie eröffnen Möglichkeiten der Kritik wie des neugestaltenden Eingriffs. Sie stellen die Erwartung infrage, dass es so weitergeht wie bisher, gefährden die Funktionsfähigkeit, ja die Existenz eines sozialen Systems.

Um inflationären Begriffsgebrauch – nicht jedes Problem ist eine Krise – und inhaltliche Beliebigkeit zu vermeiden, um den Terminus für die politische Soziologie produktiv zu machen, schlagen die Autor:innen vor, politische Krisen als Folge einer Diskrepanz zu verstehen, nämlich der Kluft zwischen demokratischen Idealen und politischen Praktiken:

„From this angle, a social constellation can convincingly be named a crisis if the material conditions and practices constituting it (considerably) deviate from a specific understanding of democracy and if members of society perceive this deviation to matter to a relevant extent.“ (S. 9)

Kiess et al. unterscheiden drei Arten des demokratischen Selbstverständnisses, der Legitimationserzählungen in Demokratien: eine liberale, eine republikanische, eine sozialdemokratische. Demnach ist es liberal, jedem einzelnen die Möglichkeit individueller Erfüllung und Entfaltung zu garantieren, und darauf zu vertrauen, dass moderne

Gesellschaften ihre grundsätzlichen Probleme durch Deliberation und öffentliche Debatten bearbeiten. Im Zentrum republikanischer Theorien stehen Verfahren und Institutionen, die das politische System gegen den Einfluss von Eliten abschirmen, die ihre partikularen Interessen durchzusetzen versuchen. Entscheidend sind dabei Transparenz, Regelkonformität, Checks and Balances. Sozialdemokratisch ist es, nicht allein nach gleichen Rechten und Partizipation, sondern ebenso nach dem Zugriff auf ökonomische Ressourcen, nach Ungleichheiten und Lebensbedingungen zu fragen. Auch wirtschaftlich soll der Gleichheitsgrundsatz gelten.

Aus den Medien erfährt man, wie angefochten diese Ideale und Prinzipien sind. Die Autor:innen belassen es bei Stichworten: von der Troika-Politik über eine polarisierte Öffentlichkeit bis hin zur extremen Vermögens- und Einkommensungleichheit. Eine politische Krisensoziologie habe die Relevanz wie die Ursachen von Krisen zu erklären und mögliche Entwicklungen aufzuzeigen. Dabei müsse sie berücksichtigen, wie soziale Akteure eine Krise definieren, und skeptisch gegenüber kursierenden Krisennarrativen bleiben. Diese Erinnerung ist wichtig. Eine Krise auszurufen kann ein probates Mittel sein, partikulare Interessen zu verfolgen. Die aktuelle Situation in der Bundesrepublik könnte man durchaus als Kampf verschiedener Krisennarrative beschreiben. Kiess, Preunkert, Seeliger und Steg tun dies nicht. Sie erproben ihre Heuristik in einem Rückblick auf den Sommer 2015, der immer wieder und regelmäßig ungenau als Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ erinnert wird, aber in verschiedenen Ländern höchst unterschiedlich wahrgenommen und diskutiert wurde. In Deutschland habe man in erster Linie die Folgen der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen für Integration, aber auch für die Öffentlichkeit debattiert. Die Migrationspolitik, so ein gern bemühtes Argument, habe die Polarisierung befördert. In den Mittelmeerländern stand im Gegensatz dazu die europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik im Zentrum. Aktivist:innen, Seerettungsinitiativen wiederum thematisierten die humanitären Katastrophen, die zur Flucht führten, und die Behandlung der Flüchtlinge in Europa wie an seinen Grenzen. Es würde sich lohnen, diese Analyse in einem eigenen Aufsatz zu vertiefen und dort, wie die Autor:innen es verlangen, die demokratischen Ideale ebenso klar zu benennen wie die Verstöße gegen diese.

In einem neuen Format – „Exchange of Arguments“ – lädt das Journal of Political Sociology zur Debatte ein. Chantal Mouffe, die bekanntlich an die Stelle des Anti-Populismus einen linken Populismus setzen möchte, schlägt für den gegenwärtigen Augenblick [„A Left Populist Strategy for a Green Democratic Revolution“](#) (S. 127–134) vor. Sie erklärt noch einmal, warum sie gemeinsam mit Ernest Laclau den Sozialismus als Prozess der Radikalisierung von Demokratie verstanden wissen wollte und wie ihr Projekt eines linken

Populismus auf den Augenblick nach der Finanzkrise berechnet war, als die Hegemonie des Neoliberalismus infrage zu stehen schien.

Heute, nach der Pandemie, stelle sich die Lage anders dar. Besorgt beobachte sie, wie neoliberale Regierungen das drängende Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit ausnutzen, um ihre Macht erneut zu festigen und ein neoliberales, technokratisch-autoritäres Regime zu errichten. Dies, nicht das rechtspopulistisch-nationalistische Versprechen von Sicherheit, hält sie für die größte Gefahr: „we are now witnessing a reconquista by neoliberal forces, a renewed attempt to dethrone the political“ (S. 131).

Dagegen solle im Namen einer Green Democratic Revolution vorgegangen werden, wobei ökologische Fragen mit anderen Kämpfen gegen verschiedene Formen der Ungleichheit zu verbinden wären. Auf diese Weise ließen sich auch Affekte mobilisieren und Milieus erreichen, die der Linken bislang fernstehen.

Die Redaktion veröffentlicht zwei Erwidierungen auf Mouffes Strategievorschlag: [„The Limits of Populism in the Face of Planetary Boundaries“](#) von Max P. Rozenburg und Philipp Degens (S. 135–143) sowie Veith Selks Zwischenruf [„Less Is More“](#) (S. 144–151).

Ernstzunehmende strategische Debatten sind selten genug, diese ist unbedingt zu empfehlen. Rozenburg und Degens fragen zunächst nach den Grenzen der Politisierung und analysieren anschließend die auch für einen linken Populismus zentrale Konstruktion von Freund und Feind, „us“ und „them“. Zum Politischen, wie Mouffe es beschwört, gehört der dauernde Streit, die Offenheit für ständige Kritik. Das scheine, so die beiden Autoren, angesichts irreversibler Kippunkte und planetarischer Grenzen nicht besonders attraktiv. Fragen des Klimawandels und der Reaktionen auf ihn sind ohnehin reichlich politisiert worden – von jenen, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo haben. Die Lobbys der Fossilindustrie und Klimawandelleugner haben gezeigt, dass Politisierung auch dazu dienen kann, Hegemonie zu sichern, statt sie infrage zu stellen. Ein gewisses Maß an Entpolitisierung könnte also nützlich oder gar erforderlich sein.

Schwerer wiegt der zweite Einwand: Mouffes Betonung des Diskurses sei in analytischer Hinsicht gewiss produktiv, berge aber politisch das Risiko, die strukturellen Ursachen und Bedingungen der Krise zu verschatten. Dies umso mehr, wenn der Konflikt überwiegend in moralischen Begriffen oder solchen der Identität artikuliert wird. Ebendas aber erfordert populistische Mobilisierung. Sie bleibt an der Oberfläche, wenn ökologische Katastrophen in erster Linie den böswilligen Handlungen skrupelloser Akteure zugerechnet werden. Man ist dann über die Schurken in Vorstandsetagen empört und fragt nicht nach industrieller

Landwirtschaft, globalen Lieferketten oder gar dem Kapitalismus. Diese Simplifizierungen könnten die notwendigen Veränderungen erschweren.

Chantal Mouffe übersehe nicht nur den Kapitalismus, sondern auch die enge Verflechtung von Neoliberalismus und Rechtspopulismus: „Her framework risks over-personalising systemic issues, underestimates the material complexity of ecological crises, and overlooks the interplay between neoliberalism and authoritarian populism.“ (S. 141)

Die links-populistische Konstruktion eines „Wir“ scheint bei genauerem Hinsehen illusorisch, ersetzt sie doch die konkrete Analyse von Widersprüchen durch Hoffnungen auf Solidarität: „Even well-intentioned green policies can exacerbate inequality: the extraction of rare earth minerals for decarbonisation, for instance, frequently reproduces exploitative labour conditions and ecological destruction elsewhere.“ (S. 142)

Rozenburg und Degens wollen lieber auf die gemeinsame Erfahrung der Verwundbarkeit setzen: „survival, rather than identity, may be the most durable basis for collective action“ (ebd.). Viel bleibt nach dieser Kritik nicht von Chantal Mouffes Green Democratic Revolution.

Veith Selk wendet ein, dass der Vorschlag nicht neu und der Green New Deal in der Vergangenheit nicht besonders erfolgreich gewesen sei, dass ökologische Fragen und Klimapolitik für populistische Politik nicht besonders geeignet seien. In diesem Feld dominieren Experten und Expertenwissen. Zudem sei das ökologisch gute „Wir“ in westlichen Gesellschaften auf wenige begrenzt, auch die Lebensweise der Mittelschichten sei nicht nachhaltig, verbrauche zu viele Ressourcen. Der Clou von Selks Argumentation liegt darin, dass sie der Linken insgesamt davon abrät, so viele Themen wie möglich zu adressieren. Richard Rorty habe am Beispiel der Linken in den USA gezeigt, „that the Left can only tackle one issue at a time“ (S. 145).

Sie sollte, so Selk, sich auf den Kampf gegen Ausbeutung und Oligarchie fokussieren und auf die wahrscheinlich gar nicht allzu ferne Zeit vorbereiten, in der die Leute verstanden haben werden, dass man „family values“ nicht essen kann: „The Left should combat climate change and support the energy transition to the best of its ability, but the issues of inequality and oligarchy will be the ones that come to the fore and offer the best strategic potential.“ (S. 149)

Es wäre kein Problem, den Liberalen die Führung in der Verteidigung jener liberalen

Errungenschaften zu überlassen, mit denen Linke übereinstimmen, sagt Selk. Wenn er die Linken dazu auffordert, den Liberalen zu erklären, dass es ohne starken, linken ökonomischen Populismus bald keinen Liberalismus mehr geben werde, mag man sich fragen, wo diese Liberalen zu finden sind, mit denen eine nach der Einsicht in ihre Unfähigkeit zum Multitasking geläuterte „Less-is-more“-Linke Allianzen schmieden könnte.

Unbedingt zuzustimmen ist Selks Vermutung, dass eine Linke des 21. Jahrhunderts viel Theoriearbeit vor sich und dabei zu klären hätte, wie Sozialismus gegenwärtig und in absehbarer Zukunft verwirklicht werden könnte. Weder die Erwartung, man könne sozialdemokratische Nationalstaaten wiederherstellen, noch die Hoffnung auf eine Art supranationaler Sozialdemokratie sind überzeugend. Was tun, solange die Linke theoretisch so wenig anzubieten hat? „Perhaps what it needs now is a left-wing reincarnation of Friedrich August von Hayek – some new figure who might use the current phase of defeat to develop a new theoretical vision for Left politics.“ (S. 151) Bei dieser Schlusspointe fragt sich der Zeitschriftenleser, ob Quinn Slobodian Zeit und Lust hätte, diese Rolle eines Hayek der Linken zu übernehmen.

Endnoten

1. Jens Bisky, [Fruchtfliegen, Zukünfte und Veränderungsmüdigkeit. Duisburger Splitter V: Freitag. Bericht vom 42. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Duisburg](#), in: [Soziopolis](#), 29.9.2025.
2. Aladin El-Mafaalani, Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, Köln 2019.

Jens Bisky

Dr. Jens Bisky ist Germanist und arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteur der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie des Internetportals Soziopolis. (Foto: Bernhardt Link /Farbtonwerk)

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Stephanie Kappacher.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/aufgelesen/april2026.html>